Rote Kommentare

13.5.69.

1. MAI UND ARBEITERKONTROLLE

In diesem Jahr hat es in Heidelberg am 1. Mai erstmalig eine Demonstration und eine Kundgebung gegeben, bei der der DGB nicht vertreten war. Beides, Demonstration durch die Hauptstraße und Kundgebung vor dem Rathaus, war aber offensichtlich diesmal nicht nur eine rein studentische Angelegenheit. Arbeiter und Studenten hätten gemeinsam die Vorbereitungen getroffen. Arbeiter und Studenten haben die gemeinsam durchgeführt. Die Gemeinsamkeit der Planung und Durchführung war so offentsichtlich, daß auch die herrschende bürgerliche Presse nicht umhin konnte, die Teilnahme von Arbeitern an der Demonstratio stration zuzugeben. Das stellt einen neuen Schritt in den Bemühungen um die Wiederbelebung der Arbeiterbewegung in Heidelberg das, eine für die herrschenden Kapitalisten und für diejenigen, die sich zu ihren Handlangern haben machen lassen, äußerst unangenehme Tatsache. Wie unangenehm ihnen solcher Fortschritt ist, zeigt sich schon daran, daß der DGB, kaum daß er erfahren hatte, wo die Teilnehmer der sozialistischen Maidemonstration sich sammeln, in aller Eile seine Funktionäre und diejenigen unter den Arbeitern, denen er trotz seiner unternehmerfreundlichen Politik immer noch vormachen kann, daß er eine wirkliche Vertretung der Arbeiterinteressen sei, zur glei chen Zeit und am selben Ort zum Sammeln rief. Der DGB tat das übrigens in schönster Einmütigkeit mit der DKP und der SDAJ, d.h., mit Organisationen, die ihre Existenz allein der berechnenden Gnädigkeit der Unternehmer verdanken. Der DGB ebenso wie die DKP werden sich schwer hüten, sich einer wirklichen antikapitalistischen Demonstration anzuschließen, einfach deswegen, weil ihenen ihre eingene gesättigte Koexistenz mit dem Kapitalismus lieber ist als der freilich mühevolle Kampf für die Interessen des Proletariats. Die Pleite dieses oppotunistischen Manövers des DGB und der DKP war vorherzusehen. Sie wurde am 1. Mai sichtbar darin, daß den gewerkschaftlichen Blaskapellen nur etwa 200 Mann in die Staldthalle folgten (die Presse zählte flugs Baskapelle und Teilnehmer, Funktionäre und Zuschauer zusammen und kam so auf eine weit höhere Teilnehmerzehl). Dagegen Schlossen sich der sozialistischen Maidemonstration rund 600 Teilnehmer an, von denen die weitaus größere Anzahl der Arbeiterschaft angehörte. Sehr viele sozialistische spanische und türkische Arbeiter waren unter ihnen.

Mai 1968 - Mai 1969: von der Mitbestimmung zur ARBEITERKONTROLLE

Darüberhinaus hat der klägliche Zug des DGB in die Stadthalle bewiesen, daß durch mobilisierung anti-studentischer Ressentiments und taktische Spaltungsmanöver der DGB bei den politisch bewußten Kräften in der Arbeiterschaft kaum noch einen Blumentopf gewinnen kann. Während die Studenten am 1. Mai 1968 noch so ziemlich unter sich waren, als sie nach anfänglicher und illusionärer Kooperation mit den Gewerkschaften ausder Stadthalle auszogen (damals schloß sich ihnen die DGB - Jugend an, die dieses Jahr aber bezeichnenderweise auf innergewerkschaftlichen Druck hin im Lager des DGB blieb), erteilten die politischen Arbeiter dem DGB und dem Opportunisten, die sich um ihn sammeln, diesmal selber die entscheidende Abfuhr. Das ist im Grunde genommen überhaupt kein Wunder, denn zwischen Mai 1968 und Mai 1969 liegt eine solche Fülle gewerkschaftlicher Sünden, daß jetzt der DGB für jedermann offensichlich ein Lügenmaul aufreißt, wenn er behauptet, eine Interessenvertretung der Arbeiterschaft zu sein. Beim Pokern mit den Unternehmern in der konzertierten Aktion und beim Handeln mit der Großen Koalition, deren ganze Leistungen bis heute darin bestehen, die eindeutig arbeiterfeindlichen Notstandsgesetze durchgebracht und das Verhältnis zwischen Arbeiterlöhnen und Unternehmerprofiten durch unmäßige Profitsteigerungen für die Unternehmer bei gleichzeitigem Lohnstopp zum Nachtiel der Arbeiter verschoben zu haben, verlor er seinen letzten Kredit. Um diesem Verlust zu kaschieren, pappte er der Öffentlichkeit seine Forderung nach Mitbestimmung vor, eine Forderung, in der sich eher der Wille bürokratisch korrumpierter Gewerkschaften zur Mitbestimmung über die Arbeiterschaft ausdrückt als das ernsthaft in Angriff genommene Ziel einer durch die Arbeiter selber ausgeübten Bestimmung und Kontrolle über die Betriebe, in denen sie arbeiten. Wohin das Konzept der Mitbestimmung führt, hat die Krise des Kohlenbergbaus gezeigt, in der zugunsten der Unternehmer die Betriebe reihenweise stillgelegt und die Arbeiter auf die Straße gesetzt wurden. Das Ergebnis waren gefüllte Unternehmertaschen und Massenelend im Ruhrgebiet. Das konnte geschehen, obwohl eine Mitbestimmung, wie sie der DGB heute für alle Betriebe fordert, schon seit 1952 in der Montanindustrie bestand.
Darum: wenn der DGB heute für alle Branchen diese Mitbestimmung fordert, so fordert er nichts anderes, als daß alle Krisen, die aus dem Profitirrsinn der Kapitalisten entstehen, auf die gleiche Weise wie im Ruhrbergbau beseitigt werden: zugunsten der schweren Limousine, die der Chef fährt, und zu ungunsten der Lohntüte, die der Arbeiter nach Hause trägt.

Viele Arbeiter haben diese Gefahr erkannt, und darum sind sie gegen das Konzept der Mitbestimmung und gegen diejenigen Gewerkschaften, welche die Mitbestimmung fordern, d.h. gegen die, die im DGB zusammengeschlossen sind. Statt dessen haben sozialistische Arbeiter und Studenten gemeinsam die Forderung nach ARBEITERKONTROLLE erhoben und sie am 1. Mai 1969 massenhaft zum Akusdruck gebracht. Denn warum, das ist eine ganz logische Frage, warum sollen die Unternehmer und diese Gewerkschaften ohne Berücksichtigung der Interessen der Werktätigen allein und in eingener Machtvollkommenheit darüber entscheiden, wer wem im Betreib welche Befehle erteilt, und wann und aus welchen Gründen ein Betrieb stillgelegt wird? Warum sollen die Arbeiter nicht selber die Kontrolle über ihren Arbeitsplatz haben und selber entscheiden, wann und wielange gearbeitet wird? Warum sollen die Arbeiter ihre Vorgesetzten nicht absetzen können? Es ist bis heute noch nicht der Beweis erbracht (und er wird niemals erbracht werden können), daß die Unternehmer und die DGB-Funktionäre von Natur aus klüger sind als die Arbeiter, deren Klugheit und Geschicklichkeit es ein Betrieb verdankt, daß er überhaupt produzieren kann. Daruas ergibt sich ganz selbstverständlich die Forderung nach Kontrolle der Produktion durch die Arbeiter; denn auf welche Weise, in welchem Tempo, mit welcher Energie geschafft wird, das weiß allein der Arbeiter, nicht aber der Unternehmer; der ist höchstens ein Fachmann für Profitemachen, für Ausbeutung und Heuchelei.

ARBEITERKONTROLLE und ausländische Arbeiter

Es ist allerdings denen, die den sozialistischen 1. Mai in Heidelberg geplant haben, nicht gelungen, klar zu machen, was mit der Forderung nach ARBEITERKONTROLLE statt Mitbestimmung wirklich gemeint ist. Das hatte zwei Gründe: der erst liegt darin, daß über die Verhältnisse isn den Heidelberger Betrieben viel zuwenig bekannt ist, d.h. in welchem Betrieb was und un welcher Menge und mit welchem Profit für den Unternehmer produziert wird und welchem überflüssigen Druck die Arbeiter in einzelnen Betrieben ausgesetzt sind. Das müssen wir, die politischen Arbeiter und Studenten noch leisten. Der zweite Grund liegt darin, daß wir nicht deutlich machen konnten, daß die Forderung nach ARBEITERKONTROLLE nur solange eine echte Forderung des ausgebeuteten Proletariats ist, als sie im im Zusammenhang mit der Forderung nach Arbeitermacht, nach Selbstbestimmung der Arbeiter über ihre Arbeit gesehen wird. Denn die ARBEITERKONTROLLEkann nur eine Etappe sein auf dem revolutionären Weg zur Abschaffung des Kapitalismus un seiner Profite in der ganzen Welt, zur Abschaffung von Aksbeutung und Massenelend in allen Esken der Erde. Wo solcher Etappencharakter der Forderung nach ARBEITERKONTROLLE verkannt wird, (und von den Unternahmern und ihren Gewerkschaften wird er ncht verkannt, darum bekämpfen sie diese Forderung), da wird es zur Sache je zufällig eines von der Unternehmerwillkür besonders hart betroffenen Betriebes, die ARBEITERKONTROLLE durchzusetzen, da ist es nicht mehr die Sache des gesamten Proletariats. Aber die Überflüssigkeit der der Unternehmer zu erkennen und die Aktionäre abzuschaffen: das ist die Sache der gesamten Arbeiterklasse in allen kapitalistischen Ländern der Welt. Am 1. Mai in Heidelberg hat der Internationalismus des Klassenkampfes sich in der starken Beteiligung ausländischer sozialistischer Arbeiter ausgedrückt. Aus der Zusammenstzung des Demonstrationszuges und der Kundgebung wat zu ersehen, wie sehr die ausländischen Arbeiter, die aus Ländern kommen, welche vom internationalen Kapotalismus als Rest in Abhängigkeit gehalten werden, aus ihrer hiesigen Lage gelernt haben. Sie dienen hier dem Kapitalismus als eine billige Reserverarmee von Arbeitskräften, die jederzeit entlassen oder in andere Branchen abgeschoben werden kön nen, so daß unter der deutschen Arbeiterschaft in Krisenzeiten möglichst wenig Unruhe entsteht. Aber es ist gar kei ne Frage, daß die Entlassugen und der erzwungene Arbeitsplatzwechsel unter denen die auslämdischen Arbeiter in der BRD in der letzten Überproduktionskrise 1966/67 zu leiden hatten, in einer noch schärferen Krise sehr wohl auch die deutschen Arbeiter treffen werden. Denn tatsächlich sind Arbeiter im Bedarfsfall für die Kapitalisten nichts als Güterwagen, die beliebig und den Anforderungen der Unternehmergewinne entsprechend mühelos von einem Bahnhof zum Anderen geschoben werden können. Darüber versuchen die Unternehmer die Arbeiter hinwegzutäuschen und zwar leider mit einigem Erfolg. Die Unternehmer sind die Feinde aller Arbeiter. Die meist sprachunkundigen Arbeiter aus den südlichen Nachbarländern sind auf Grund ihrer Wehr- und Rechtlosigkeit die geeigneten Objekte, an denen die deutschen Arbeiter ihre über die vom Unternehmer erfahrene Unterdrückung auslassen können; eine Wut, die begründtet ist in der nicht endenwollenden Unsicherheit des Arbeitsplatzes und der ständigen Angst vor der Verschlechterung der Lebensbedingungen durch Entlassung oder Kurzarbeit.

Diese prletarische Selbstzerfleischung kann auf die Dauer für die gesamte Arbeiterschaft katrophale Folgen haben. Denn sie verhindert, daß die Arbeiter den tatsächlichen Urheber ihrer Wut erkennen und gemeinsam gegen den gemeinsamen Feind kämpfen: gegen das international organisierte Kapital. Die ausländischen Arbeiter haben auf Grund ihrer eingenen Lage diese Gefahr weithin erkannt. Sie suchen den Feind da, wo er wirklich sitzt: den Unternehmer in der Werksleitung nicht den deutschen Kollegen am Arbeitsplatz. Deshalb haben sich Türken und Spanier am 1. Mai mit ihren Heidelbergen Kollegen, Lehrlingen und Arbeitern, solidarisiert, um sie unter der Parole: ARBEITERKONTROLLEstatt Mitbestimmung zum gemeinsamen Kampt aufzufordern. In dieser Beziehung nehmen die ausländischen Arbeiter bei uns tatsächliche die Stellung einer Avntgarde ein, die den Prozess der politischen Bewußtseinsbildung unter der Arbeiterklasse entscheidend beschleunigen kann, wenn die deutschen Kollegen ihr Verhälnis zu den ausländischen Arbeitsgenossen einmal kritisch überprüfen. Daran ist den Unternehmern natürlich nicht gelegen: in der systematischen Verketzerung der "Gastarbeiter" ("Bild") betreibt das tagtäglich durch überdimensionierte Kriminalstories) lenken sie von ihren eingenen Machenschaften ab, indem sie den Kampfgenossen als den natürlichen Feind darstellen.

Die Politik der Gewerkschaften muß bekämpft werden.

Indem die ausländischen Arbeiter unter Hinweis auf ihre eingene ausgebeutete Lage sich der Forderung: ARBEITERKONTROLLE statt Mitbestimmung anschlossen, haben sie zugleich einen Fehler im Ansatz korrigiert, den die deutschen Sozialisten in der Maiveranstaltung begangen haben. Unsere Polemik gegen den DGB ist von vielen Arbeitern als prinzipiell anti-gewerkschaftilich verstanden worden, so, als wären wir gegen Geweerkschaften überhaupt, gegen jede Organisation, die die Interessen der Arbeiterklasse vertritt. Das ist nicht der Fall. Dem Angriff auf den DGB und die von ihm geforderte Mitbestimmumg liegt gerade die Erkenntnis zugrunde, daß weder der DGB noch sein Konzept der Mitbestimmung eine tatsächliche Vertretung der arbeitenden Massen darstellt, sondern bestenfalls einen bürokratisierten und korrumpierten Dienstleistungsbetrieb und dessen unternehmerkonformen Ausfluß. In diesem Sinne betrachten auch viele Arbeiter das Unternehmen DGB. Sie wissen dabei nur nicht, was sie als eine echte Vertretung ihrer Interessen an seine Stelle setzen sollen. Diesem Nichtwissen entspringt das Unverständnis gegenüber der Forderung nach Arbeiterkontrolle. Denn diese Forderung ist eine wirklich gewerkschaftliche Forderung, die zu ihrer Durchführung einer gewerkschaftlichen Organisation bedarf. Die Möglichkeiten solcher Organisation sind noch wenig diskutiert und praktiziert. Die bestehenden Betriebsbasisgruppen, in denen sich der Kern der politisierten Arbeiterschaft sammelt, bedürfen dringend der Erweiterung und organisatorischen Neugestaltung, so daß aus ihnen tatsächlich ein gewerkschaftlicher Machtfaktor zur Arbeiterinteressen gegen die Unternehmer hervorginge. Die Diskussion darüber sollte am ersten Mai nachmittags auf einer Arbeitskonferenz in verschiedenen Gruppen geführt werden. Sie kam nicht zustande. Zwar haben einzelne Teilnehmergruppen intensiv diskutiert (Türken, sozialistische Schüler), doch scheiterte die allgemeine Diskussion zur Frage nach der Gestaltung einer nun wirklich klassenkämferischer Organisation daran, daß die Probleme von den sozialistischen Arbeitern und Studenten zu wenig vordiskutiert waren

DER DGB HAT SICH VERRATEN

der 1. Mai ist den Herrschenden zum Problem geworden

Der Bundesvorstand des DGB gab am 6. Mai folgende einstimmig verabschiedete Erklärung ab:
"Der DGb wird mit aller notwendigen Härte jede Störung seiner Veranstaltungen durch antidemokratische und gewalttätige Elemente in Zukunft unterbinden. Er erklärt in allem Ernst und in aller Deutlichkeit, daß er nicht bereit ist, Zudtände einreißen zu lassen, deren Ende aus der Zeit vor 1933 noch in böser Erinnerung ist. Alle, die sich an solchen Störungen beteiligen, die nichts mit dem Recht auf Demonstrationsfreiheit gemein haben, müssen sich darüber klar sein, daß die deutschen Arbeitnehmer nicht gewillt sind, tatenlos diesem Treiben zuzusehen und sich dadurch mitverantwortlich zu machen an der Gefährdung ordnungsmäßiger Demonstrationen und garantierter Freiheit. Sie fordern deshalb auch die Verantwortlichen auf, allernotwendigen Maßanhmen zu ergreifen, um diesen Feinden der Demokratie das Handwerk zu legen."
Es ist schon viel gesagt und geschrieben worden über die unternehmerfreudliche Politik der offiziellen Gewerkschaften. Aber noch selten hat der DGB diesen Tatbestand selber so klar ausgedrückt. Veranlaßt ahr sich der DGB zu der obenstehenden Erklärung durch die zahlreichen Versuche politischer Arbeiter und sozialistischer Studenten, den 1. Maiizu einem Tag der Entlarvung des DGB und zur Durchsetzung ihrer selbsterhobenen Forderungen nach ARBEITERKONTROLLE statt Mitbestimmung zu machen. Wie in Heidelberg , so kam es auch in anderen Städten zu sozialistischen Demonstrationen und Kundgebungen, die nicht von DGB veranstaltet waren. (so z. B. in Mannheim, Frankfurt, Berlin und Stuttgart). Außerdem wurde an verschiedenen Orten der BRD von Politischen Arbeitern und Studenten der Versuch unternommen, ihre eigenen Interessen gegen die vom DGB vertretenen Interessen der Unternehmer zur Sprache zu brungen. Im Jargon der bürgerlichen Presse und des verbürgerlichten DGB heißt es dann schlichtweg: "Störung". Solche Störungen fanden statt z.B. Hamburg, Frankfurt, Mündchen, Siegen und vielen anderen Städten. Wie auch in Heidelberg beteiligten sich überall in besonders hohem Maße die ausländischen Arbeiter, und darunter wieder besonders die Antifaschisten aus Spanien, an den nicht gewerkschaftlichen Demonstrationen, Kundgebungen und Aktionen. Wenn der DGB in seiner Stellungnahme von "antdemokratischen und Gewalttätigen Elementen" spricht, so versuchter mit dem Naiv-frechen Wort "Elemente" darüber hinwegzutäuschen, daß es in der Hauptsache politischebewußte Arbeiter waren, die sich vom DGB nicht länger Sand in die Augen streuen lassen wollen. Die gewerkschaftliche Erklärung diffamiert so nicht irgendwelche"Elemente", sondern den politisch Bewußten Teil der Arbeiterschaft, gegen die er den "deutschen Arbeitnehmer i sinnigen "Taten" aufruft, um eindlich - hier kommt die Katze aus dem Sack - die"Verantwortlichen"zur Ergreifung aller notwendigen Maßnahmengegen "die Feinde der Demokratie" aufzufordern. Es ist ganz klar, daß der DGB mit den "Verantwortlichen" die Polilze d die Justiz meint, d,h, diejenigen, staatlichen Instanzen, die ganz eindeutig Hilfsdienste zur Erhaltung und Absicherung des kapitalistischen Systems leisten. Dem DGB sind politischen Arbeiter "Feinde der Demokratie". Der DGB ruft die kapitalistische Staatsmacht gegen die politisch bewußtern Arbeiter und sozialischtischen Studenten auf. Eine solche Erklärung könnte auch von der NPD oder der CDU stammen, über deren Arbeiterfeindlichkeit kein Zweifel Besteht (immerhin haben sozialistische Kräfte sowohl in München wie auch in Penzberg (OBB.) verhindert, daß von den NPD- Faschisten angsetzte Maiveranstaltungen durchgeführt werden konnten). Daß das DGB des DGB mit den Herrschenden, seine in Wirklichkeit arbeiterfeindliche Politik kann durch nichts besser offenkundig gemacht werden.

Die Erklärung des DGB hat übrigens auch eine spanische Version, die auf Grund ihrer Herkunft ihre Absicht noch deutlicher zeigt. Sie stammt von dem faschistischen General Narciso Ariza , einem hohen Funktionärim faschistischen Armee- und Marineministerium Spaniens. Diese spanische Version der DGB-Erklärung liest sich so: "Angesichts der Subversion (Gemeint ist: die politische Opposition) muß die Armee gemeindam mit den öffentlichen Ordnungskräften(Polizei und Justiz) eindeutig Maßnahmen ergreifen, um jeglicher politischen Aktivität zu begegnen, die geeignet wäre, die Einheit und Unabahängigkeit des Vaterlandes im Ernst in Frage zu stellen...Das geschieht, indem man dieselben Waffen benutzt wie der Feind, frei von allen demokratischen Hemmungen." Der Faschistengeneral Ariza hatte Grund, die spanische Einheit und Unabhängigkeit zu beschwören: Trotz eines allgemeinen Demonstrationsverbotes, trotz massiven Terrors durch die Polizei zum 1. Mai hab en sozialistischer Kräfte in Spanien, Arbeiter und Studenten, ihren politischen Kampf fortgeführt. Trotz des Versammlungsverbots formierten sich in Madrid schlagartig Aktionskommandos der Comisiones Obreras, der spanischen Arbeiterräte. Durch Verteilung von Flugblättern gelang es ihnen, massenhaft aufklärung zu treiben; zeitweilig legten sieden Verkehr lahm , bombardierten die Glaspaläste kapitalistischer Banken mit Steinen, bewarfen Busse mit Molotow- Cocktails, setzten Briefkästen in Brand und lieferten der Polizei erbitterte Gefechte, bei denen sie zeitweilig die Oberhand behielten. Trotz der rollenden Verhaftungswelle hatten die sozialistischen Arbeiter und Studenten in anderen Großstädten Spaniens annliche Erfolge. In Barcelona und Bilbao veranstalteten sie trotz dem verstärkten Terror der faschistischen Polizei sozialistischen Demonstrationen und Kundgebungen.
Bei diesem Gleichklang zwischen der DGB - Erklärung und der Stellungnahme des spnischen Faschistengenerals nimmt es kein Wunder, daß die spanischen Arbeiter in der BRD lieber an den Demonstrationen der deutschen Sozialisten Teilnahmen, als an den Veranstaltungen des DGB. Denn die Möglichkeit des aktiven Kampfes gegen den internationalen Kapitalismus ist unter der Voraussetzung der unternehmerkonformen Haltung des DGB im Rahmen der Gewerkschaft weder für die spannischen noch für die deutschen Sozialisten gegeben.

In Frankreich haben die Kapitalisten das Problem des 1. Mai ganz elegant gelöst. Nachdem die Regierung für den 1. Mai ein vollständiges Demonstrationsverbot erlassen und die Polizei vorsorglich potentielle Demonstrationsteilnehmer verhaftet hatte, erklärte der Polizeipräsident von Paris Maurice Grimaud in aller Freimütigkeit:" Es ist immer unangenehm, Leute festzunehmen, die so noch nichts haben zuschulden kommen lassen. Aber dieder Vergangenheit hat sich diese Art von Präventivmaßnahn als wirksam erwiesen. Indem man diese Jugendlichen für einige Zeit in sicheren Gewahrsam nim behütet man, daß sie Dummheiten machen. Wir hoffen, daß die Anwendung unserer Kräfte die umsturzlerischen Elemente entmutigen wird." Daß politische Arbeiter und Studenten "umstürzle Elemente" sind, daß man sie mit brutaler Gewaltanwendung bekämpfen und beseitigen muß, dar sind sich ein fascistischer Armeesprecher in Spanien, ein kapitalistischer Polizeipräsident in Paris und der Deutsche Gewerkschaftsbund einig.

AUF DEM WEG VON JURISTISCHEN PAUKENSCHLÄGEN ZUM LEISEN TROMMELWIRBEL

Der Stadthallenprozess und seine Haftbefehle war von der Heidelberger Justiz noch als Paukenschlag gegen die"Rädelsführer" der Bewegung der politischen Studenten und Arbeiter gedacht. Bekanntlich hatter ein großes Loch in der juristischen Pauke selbst hinterlassen: alle 12 "Rädelsführer" mußten wieder freigelassen werden unter dem Druck der Aktionen, und durch die Blößen, die sich die Richter Orlet und Kohnle und die Staatsanwälte Naegele , Weidner und Schäfer gaben, als sie ihre Urteile , Haftbefehle und die Gewaltaktionen im ASTA und in der Stasdt öffentlich rechtfertigen sollten. Tief in diesen Skandal haben sich auch die Landes regierung sowie die Parteien und Gewerkschaften verstrikt.

Inzwischen versucht die Justiz, die Strafprozesse gegen Studenten und Arbeiter weniger massenwirksam aufzuziehen und sie zur Routineangelegenheit zu machen. Mit "klenen Prozessen und "kleinen" Verurteilungen gehen keine und große Schweinereien einher.
Als solche kleine Stichelei war auch der Prozess von 29. 4. 69 gegen einen Betriebsrat wegen "Sachbeschädigung" gedacht, der am 5.2. 69 dabei erwischt wurde, wie er gegen die Ausschließung der Studenten durch die Polizei aus der Uneversitätprotestierte. Zu dieser Zeit Bestanden in Heidelberg bürgerkriegsähnliche Zustände. Die Staatsmacht hatte Polizeikräfte aus dem ganzen Land in HD zusammen gezogen, die im Stadtgebiet jeden festnahmen, der ihnen nicht passte.

Mit der Hilfe von drei Polizisten als Zeugen versuchte die Staatsanwaltschaft im Prozess den Angeklagten zu verdächtigen, er habe ein Auto beschädigt, das in voller Fahrt in die Demontration gefahren war. Die Polizisten - drei ausgemachte Spitzbuben - , die die ganzen windigen Polizeieinsätze mitgemacht hatten, hatten natürlich alles bis ins kleinste beobachtet. Sie hatten, mit ihrem VW unterwegs, den "Täter" in der Demonstration so genau erkannt, daß sie ihn Minuten später mit einem ganz anderen verwechselten, der ihnen ein bißchen die Nase poliert hatte, weil siesich allzu mutig benahmen.

Solche Widersprüche interessierten Richter Gramm nicht. Er glaubte den Polizisten. Als Beamte sagen siedie Wahrheit. Um das Verhalten der Polizei in diesen Tagen klar zu machen, waren von der Verteidigung zwei weitere Polizisten geladen worden, die den Angeklagten damals in beispielhafter Weise festgenommen hatten. Die Staatsanwaltschaft selbst hatte gute Gründe, diese zwie nicht von sich aus zu laden . Der eine hatte den Angeklagten damals mait seiner BMW 500 überfahren - eine besondereArt der Festnahme - , der andere ahtte seine Dienstpistiole gezückt und hätte nach eigenen Angaben auf jeden geschossen, der sich dem auf dem Boden liegenden Aangeklagten genähert hätte, obwohl er gar nicht wußte warum der Demonstrant verfolgt worden war. Endlich hatten sie "jemand Konkretes", wie sagten.

Staatsanwalt und das Hohe Gericht waren sich bald einig: Etwas war faul bei den Vorgängen am 5. 2. 69 . Entweder braucht die Polizei dringend eine"Tat" , um ihre eigenen Überfahr- und Pistolenmachenschaften zu rechtfertigen oder die Polizistenzeugen sagen die reine Wahrheit. Falsche Verdächtigungen, Pistolenziehen und Überfahren-spielen keine Rolle, sondern der Angeklagte ist schuldig. Richter Gramm und Staatsanwalt Schäfer übten Solidarität mit der Polizei. Die Vorstellung ist ihnen fremd, daß sie von einer Mannschaft von 5 Polizisten nach Strich und Faden angelogen werden könnten. zudem war die Justiz selbst mit den Vorgängen im Januar und Februar verwoben und mußte sich daher in diesem Prozess selbst verteidigen.

Eine Schwierigkeit hatte jedoch Richter Gramm: als er den Urteilsspruch über DM 100,- Geldstrafe, wie es vorgeschrieben ist, begründen sollte, schwieg er. Aus dem Lügengespins spinst eine klare Urteilbegründung zu machen , ist nicht möglich. Er brachte nicht mehr heraus als den einen Satz: "Das Gericht ist zu der Überzeugung gelangt, daß der Angeklagte schuldig ist." Unsere Überzeugung von der Rolle der Justiz als politischem Kampfmittel wurde bestätigt.

13. 5. 69 Betriebsprojektgruppe Heidelberg

ANTI -IMPERIALISMUSWOCHE 12. -21. Mai

Montag 12. 5.	20 Uhr	Ökonomische Grundlagen des Neokolonialism Hans -dieter Boris (Marburg)
Dienstag 13. 5.	20 UHR	Imperialismus in Latainamerika Norbert Lechner (Freiburg)
Mittwoch 14. 5.	17 Uhr	Die ambivalente Rolle der "Elite" im Emanz pationsprzess der 3. Welt, besonders in Afri Dr. Immanuel Geiss (Hamburg)
Donnerstag 15. 5.	17 Uhr	Die Konterrevolutionäre Rolle von Südafrika Mona Albertyn (Tübingen)
Freitag 16. 5.	20 Uhr	Die Befreiungsbewegungenein den port. Kolo Wolfgang Schwierdzik (Berlin)
Freitag 16. 5.	20 Uhr	Guerillakrieg im Nahen Osten Mohammed Odeh (heidleberg)
Montag 19. 5.	20 Uhr	Die Rolle der Nationalbougeoisie in Indien Ashwini K. Ray (Heidelberg)
Diestag 20. 5.	20 Uhr	Das Selbstverständnis der chinesischen Kulturrevolution T.Z. Chung (Köln) jerg Haas (München)
Mittwoch 21. 5.	18 Uhr	Die "Black Panther" Bewegung K. D. Wolff (Frankfurt)
	20 Uhr	Strategische jBedeutung der Befreiungsbewegu Peter Gang (Berlin)